

## Deutschland, Italien, Japan und die Feindstaatenklausel der UN-Charta: Hindernis für einen asiatischen und europäischen Frieden?

23. Juni 2015 | Dr. Christof Lehmann

***In der UN-Charta werden Italien, Deutschland und Japan nach wie vor als Feindstaaten der Vereinten Nationen bezeichnet. Rechtlich gesehen bedeutet dies, dass jeder UN-Mitgliedstaat einen präventiven militärischen Angriff gegen diese Nationen ohne Kriegserklärung starten kann. Dieser Feindstaatenstatus, über den selten gesprochen wird, ist heute wohl eines der größten Hindernisse für einen dauerhaften Frieden in Asien und in Europa.***

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat keine der G4, d.h. China, das Vereinigte Königreich, die USA und Russland, Schritte zur Abschaffung der Feindstaatenklausel in der [Charta der Vereinten Nationen](#) unternommen. In der UN-Charta werden Italien, Japan und Deutschland immer noch als Feindstaaten der Vereinten Nationen bezeichnet. Diese Tatsache wird im öffentlichen politischen Diskurs in der Regel ausgeblendet, und zwar sowohl in den G-4-Staaten als auch in Italien, Japan und Deutschland.

Die Implikationen und die fehlende Souveränität (z.B. das [jus ad bellum](#)<sup>1</sup>) sind wohl eines der größten Hindernisse, um einen dauerhaften Frieden in Asien und Europa zu erreichen. Ein paar Beispiele sollen dies verdeutlichen.

### **Italien – Deutschland und Gladio**

Sowohl die italienische [Brigate Rosse](#) als auch die deutsche [Rote Arme Fraktion](#) (RAF) wurden teilweise von italienischen bzw. westdeutschen Nachrichtendiensten unterwandert, bevor sie überhaupt formell gegründet wurden. In Deutschland hatten sowohl das [Landesamt für Verfassungsschutz Berlin](#) (LfV Berlin) als auch das [Bundesamt für Verfassungsschutz](#) (BfV) die später militarisierte Linke seit Beginn der linken Studentenproteste Mitte der 60er Jahre infiltriert.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein LfV-Agent, [Peter Urbach](#), war einer der ersten, der Waffen und Sprengstoff an die spätere militante Bewegung 2. Juni und die RAF lieferte. Ähnlich verhielt es sich mit der italienischen Roten Brigade. Als deutsche Linke nach Italien reisten, um bei der Beschaffung von Waffen für die Linke in Griechenland zu helfen, die sich auf den Kampf gegen die griechische Militärdiktatur vorbereitete, wurde offensichtlich, dass Italiens Polizei und Geheimdienste mit Verbindungen zum italienischen Gladio-Netzwerk gut informiert und involviert waren. (Ausagen ehemaliger [Mitglieder des 2. Juni](#) und der RAF in Deutschland).

Einige Kritiker des bewaffneten Widerstands würden diese Tatsache so auslegen, als ob die militante Linke die ganze Zeit im Auftrag der Geheimdienste gearbeitet hätte. Das stimmt nicht. Richtig ist jedoch, dass die militante Linke von Anfang an unterwandert war und dass einige Anschläge

---

1 Die Regeln des Jus ad bellum konzentrieren sich auf die Kriterien, die festlegen, unter welchen Bedingungen ein bewaffneter Konflikt gerecht bzw. rechtmäßig ist.

angezettelt, andere zugelassen wurden, wobei die Geheimdienste die polizeilichen Ermittlungen behinderten. Andere Anschläge wie die Attentate auf Herrhausen und Rohwedder wurden wohl vom NATO-Geheimdienst verübt, während die RAF oder wie im Fall von Herrhausen die RAF sowie Teile der libanesischen Hisbollah, die bekanntermaßen stark vom israelischen Mossad infiltriert ist, beschuldigt wurden.

Es bestehen heute ernsthafte und berechtigte Zweifel, ob Gladio-Netzwerke an der Ermordung von Deutsche Bank-Direktor [Alfred Herrhausen](#) und Treuhand-Präsident Rohwedder beteiligt waren. Herrhausen setzte sich für eine freundlichere Politik gegenüber den Ländern der so genannten Dritten Welt und für ein teilweises Schuldenmoratorium ein. Rohwedder untersuchte nach der deutschen Wiedervereinigung aktiv die mafiöse Übernahme ostdeutscher Konzerne durch ausländische Unternehmen.

Es bestehen heute ernsthafte und berechtigte Zweifel, ob Gladio-Netzwerke an der Ermordung von Deutsche Bank-Direktor Alfred von Herrhausen und Treuhand-Präsident Rohwedder beteiligt waren. Herrhausen setzte sich für eine wohlwollende Politik gegenüber den Ländern der sogenannten Dritten Welt und ein teilweises Schuldenmoratorium ein. Rohwedder untersuchte nach der deutschen Wiedervereinigung aktiv die mafiöse Übernahme ostdeutscher Konzerne durch ausländische Unternehmen.

Die CIA und der MI6 spielen eine Rolle, obwohl die Hauptstoßrichtung vom Pentagon, der JSOC-CIA-Schnittstelle und der JSOC/NATO-Schnittstelle ausgeht. In Italien [verhinderte](#) 1978 die Entführung und Ermordung von Aldo Moro durch eine infiltrierte Zelle der Brigade Rosse die Bildung eines italienischen Kabinetts unter Beteiligung der Kommunistischen Partei Italiens. So viel zur italienischen „Souveränität“.

Man kann sich fragen, ob eine italienische oder deutsche Regierung souverän handeln und in ihren jeweiligen Geheimdiensten sozusagen „aufräumen“ könnte. Die Antwort ist ein eindeutiges Nein. Nicht, solange beide Staaten von der UNO als Feindstaaten bezeichnet werden.

Die Lage der deutschen Regierungen wird noch dadurch erschwert, dass Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag hat und dass Washington und London alles in ihrer Macht Stehende tun, um diesen Status quo aufrechtzuerhalten. Keine Regierung in Deutschland hat es nach dem Zweiten Weltkrieg gewagt, dieses „heiße Eisen“ anzufassen, auch nicht die rot-grüne Koalition. Selbst *Die Linke* weicht dem Thema so weit wie möglich aus.

Die deutschen Regierungen haben im Allgemeinen zwei Strategien verfolgt.

- Auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu drängen, um die G-4 in Zugzwang zu bringen.
- Um die deutsche Macht innerhalb der EU zu behaupten; mit erheblichen Kosten für die deutsche Wirtschaft in Form von Rettungspaketen usw.

### **Relevanz heute?**

In Anbetracht der Situation in der Ukraine und der Spannungen zwischen Russland und der NATO sowie EU darf man die Tatsache nicht unterschätzen, dass weder eine italienische noch eine deutsche Regierung eine souveräne Außenpolitik betreiben könnte. Etwa [50 Prozent der Deutschen](#)

sehen Deutschland nicht als fest oder dauerhaft in der NATO verankert an, und etwa 50 Prozent wünschen sich, dass Deutschland eine neutrale Position als Brücke zwischen Ost und West beibehält, in gleicher Entfernung und mit gleich guten Beziehungen zu Moskau bzw. Washington. Keine deutsche Regierung wäre in der Lage, diese öffentliche Meinung in ihrer Politik zu berücksichtigen.

### **Beziehungen zwischen Japan, den USA, Russland und China**

Da Japan von der UNO als Feindstaat eingestuft wird, muss es auch „auf heißen Kohlen tanzen“. In der Öffentlichkeit wächst der Konsens gegen US-Stützpunkte in Japan, aber keine japanische Regierung könnte diesen Trend in konkrete Politik umsetzen, ohne ernste Konsequenzen zu riskieren. Jeder japanische Spitzenpolitiker, der dieses Thema anspricht, würde buchstäblich politisches hara kiri begehen.

Aber es sind nicht nur die USA, die Japan in der rechtlichen Schwebelage halten, als feindlicher Staat bezeichnet zu werden. Die japanisch-chinesischen Beziehungen in Bezug auf die umstrittenen [Senkaku-/Diaoyu](#)-Inseln sind stark von Japans Bestreben geprägt, seine Souveränität zu behaupten, auch wenn es zuweilen widerstrebend Geopolitik betreiben und die USA gegen China einsetzen muss.

Die Feindstaatenklausel hat auch Auswirkungen auf die japanisch-russischen Beziehungen. Die [umstrittenen Südkurilen](#) (wie die Russen sie nennen würden) sind ein Thema, das durch den rechtlichen Status Japans als UN-Feindstaat und das Fehlen eines japanisch-russischen Friedensvertrags belastet ist. Die japanischen Regierungen müssen – manchmal widerwillig – die US-Karte gegen Russland ausspielen. Die russisch-japanischen Beziehungen könnten sich weitaus positiver entwickeln, wenn Russland die Initiative ergreifen würde, um durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrags für gleiche Ausgangsbedingungen zu sorgen.

In Anbetracht der sich entwickelnden chinesisch-russischen Beziehungen und in Anbetracht langfristiger geopolitischer Strategien im asiatisch-pazifischen Raum würde ein russischer und chinesischer Vertrauensbeweis in Japan als Partner diesem Land die Hände frei machen, was die Beziehungen zwischen den USA und Japan betrifft, und wäre ein kluger Schritt, der sich in der gesamten Region, einschließlich der Philippinen, Malaysias, Thailands, Koreas und Vietnams, positiv auswirken würde.

### **Die Initiative ergreifen, um die Feindstaatenklausel und die globale Hebelwirkung zu beseitigen**

In Anbetracht der Komplexität der heutigen globalen Märkte, der Komplexität der heutigen Militärbündnisse und der gegenseitigen Abhängigkeiten über die sogenannten feindlichen Linien hinweg kann man argumentieren, dass jede G-4-Nation, die die Initiative ergreift und sich wirklich für die Abschaffung der Feindstaatenklausel in der UN-Charta einsetzt, einen erheblichen politischen und geopolitischen Vorteil erlangen wird.

Sowohl im Hinblick auf Russland als auch auf China könnte ein solcher Schritt mit einer vorsichtigen Politik auch dazu führen, dass die Hegemonie der anglo-amerikanischen Achse in Europa und Washingtons Asien-Pivot vereitelt wird.

Eine gemeinsame chinesisch-russische Initiative würde auch in Ländern wie Vietnam, Süd- und Nordkorea viel mehr Vertrauen schaffen. Eine russische Initiative würde einen ernsthafteren Diskurs über die Lage in der Ukraine, die Rolle der NATO in Bezug auf die Ukraine und die Tatsache, dass Deutschland und damit auch die EU gezwungen sind, sich dem Diktat Washingtons zu beugen, in Gang setzen.

Die russische Regierung von Präsident Wladimir Putin rühmt sich, ein Verfechter einer globalen Gemeinschaft voneinander abhängiger, aber souveräner Nationalstaaten zu sein. Die Initiative zur Abschaffung der Feindstaatenklausel und zu einem Friedensvertrag mit Japan zu ergreifen, könnte wohl die klügste langfristige Investition sein, die sicherstellt, dass diese Vision Früchte trägt und zeigt, dass Russlands Position echt ist.

### **Warum hat noch keine der G-4 die Initiative ergriffen?**

Liegt es am Misstrauen zwischen den Allianzen des Kalten Krieges und des Neuen Kalten Krieges? Oder ist es eine bewusste Fortsetzung von Jalta, wo die G-4 die Welt in Hegemonien aufgeteilt haben, geteilt durch eiserne, Bambus- und Bananenvorhänge?

Wenn dies der Fall ist, wird das unweigerliche Ergebnis sein, dass sich eine wachsende Zahl von Staaten, die unterworfen und in diese Hegemonien gezwungen wurden, eher früher als später gegen die G-4 erheben wird. Andere, wie Ägypten, werden feststellen, dass die UNO ebenso versagt hat wie der Völkerbund, als es darum ging, kleinere Nationen vor den Konflikten zu schützen, die während und nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg entfesselt wurden. Der Trend, die UNO zu reformieren oder ganz abzuschaffen, setzt sich immer mehr durch.

Ein weiteres unveränderliches Ergebnis einer Fortsetzung von Jalta in neuem Gewand wird sein, dass die scheinbar endlose Reihe von Konflikten geringer Intensität, die durch die Nachbeben von Jalta angeheizt werden, weitergehen wird, während die G-4 sich selbst und ihre Machtbasis positionieren und Menschen aus Europa, Asien, Afrika und dem Nahen Osten als Kanonenfutter und Geiseln benutzen.

---

Dr. Christof Lehmann ist unabhängiger Politikberater für Konflikt und Konfliktlösung und Gründer und Chefredakteur von nsdbc, exklusiv für das Online-Magazin *New Eastern Outlook*.

Copyright © [Dr. Christof Lehmann](#), nsdbc, 2015